

Die Wahlen in der Sowjetisch Besetzten Zone von 1946: eine wahlhistorische Analyse (1999)

Falter, Jürgen W.; Weins, Cornelia

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Falter, J. W., & Weins, C. (2013). Die Wahlen in der Sowjetisch Besetzten Zone von 1946: eine wahlhistorische Analyse (1999). *Historical Social Research, Supplement*, 25, 333-354. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-379891>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Die Wahlen in der Sowjetisch Besetzten Zone von 1946. Eine wahlhistorische Analyse [1999]

Jürgen W. Falter & Cornelia Weins*

Abstract: »An historical analysis of the 1946 elections in the Soviet Occupation Zone«. In the fall of 1946 the Soviet Occupation Zone held its first – and until 1990 – its last elections that granted other parties besides the Socialist Unity Party of Germany (SED) the right to run for election. Nevertheless, in this context it would go too far to speak of free elections. In many communities of the Soviet Occupation Zone, the Soviet Military Administration (SMAD) systematically prevented the candidacy of middle-class parties like the CDUD (Christian Democratic Union of Germany) and LDP (Liberal Democratic Party of Germany) in order to strengthen the claim for the government of the SED. Analyzing these communities' results of the county council elections, this article shows that the practice of hindering middle-class party involvement in the elections lead to an increase of voters for the remaining middle-class parties or in voting abstention. In the end, the result was the absolute majority of votes for the SED.

Keywords: Soviet Occupation Zone, elections, Socialist Unity Party of Germany (SED).

Im September und Oktober 1946 fanden in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) Wahlen zu den Landtagen, Kreistagen und Gemeinderäten statt. Obwohl diese Wahlen aufgrund zahlreicher Eingriffe der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) kaum als wirklich freie Wahlen bezeichnet werden können, waren es bis 1990 die ersten und letzten Wahlen in der SBZ/DDR, in denen unterschiedliche Parteien die Chance hatten, um Wählerstimmen zu konkurrieren. Erst 44 Jahre später, im März 1990, konnten sich die Bürger der DDR, als Folge der friedlichen Revolution von 1989, zur Wahl der Volkskammer erneut, und diesmal wirklich frei, zwischen verschiedenen Parteien bzw. Bürgergruppen entscheiden.¹

* Reprint of: Falter, Jürgen W., und Cornelia Weins. 1999. Die Wahlen in der Sowjetisch Besetzten Zone von 1946. Eine wahlhistorische Analyse. In *Erobert oder befreit? Deutschland im internationalen Kräftefeld und die sowjetische Besatzungszone (1945/46)*, ed. Hartmut Mehringer u.a., 215-33. München: Oldenbourg.

¹ Die Analyse beruht auf Daten, die im Rahmen des von der VW-Stiftung geförderten Projektes »Die Wahlen von 1946 in der Sowjetischen Besatzungszone« unter Leitung von Jürgen Falter erhoben worden sind. Besonderer Dank gilt hierbei Dr. Karl-Heinz Hajna und Britta

Die Begleitumstände der Wahlen von 1946 waren von der besonderen historischen Situation zwischen zwei Perioden totalitärer Herrschaft geprägt. Ihre primäre Funktion bestand in der Legitimation des Führungsanspruches der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED). Vor allem die Kommunalwahlen genügten demokratischen Ansprüchen nicht oder nur sehr bedingt, da die bürgerlichen Parteien durch die SMAD in zahlreichen Gemeinden an einer Kandidatur gehindert wurden. Die Landtagswahlergebnisse bieten ein zuverlässigeres Gesamtbild der politischen Präferenzen der Bevölkerung der SBZ, da dort alle Parteien flächendeckend zur Wahl standen.

Welche Folgen die Nicht-Kandidaturen der bürgerlichen Parteien bei den beiden Kommunalwahlen auf die Abstimmungsergebnisse hatten, ist sicherlich eine der interessantesten Fragen bezüglich der Wahlen von 1946. Diesem Aspekt wird im ersten Teil des Beitrages anhand der Kreistagswahlergebnisse der Gemeinden der SBZ nachgegangen. Daran anschließend wird untersucht, in welchem sozialen Kontext die Parteien verankert waren, d.h. welche sozialstrukturellen Faktoren ihren Wahlerfolg positiv oder negativ beeinflussten.

1. Die Wahlen von 1946 im Überblick

Im Juni 1946 – ein Jahr nach der Zulassung von Parteien in der SBZ – wurden durch die SMAD Wahlen zu den Gemeinderäten sowie den Kreis- und Landtagen festgesetzt. Die Gemeindevahlen fanden zwischen dem 1. und 15. September statt, die Kreis- und Landtagswahlen wurden einen Monat später, am 20. Oktober, durchgeführt. Gewählt wurde nach dem Verhältniswahlrecht, und zumindest formal genügten die Wahlen demokratischen Anforderungen.² Neben der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), die im April 1946 aus der Vereinigung von KPD und SPD in der SBZ hervorgegangen war, traten die Christlich-Demokratische Union (CDUD) und die Liberal-Demokratische Partei (LDP) zu den Wahlen an. Erstmals wurden auch Massenorganisationen zur Wahl zugelassen: Bei den Kreis- und Landtagswahlen kandidierte die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdGB), in Sachsen zudem der Kulturbund und die Frauenausschüsse. Ihre Funktion bestand vor allem darin, Wähler zu gewinnen (z.B. Landwirte und Frauen), die eher den bürgerlichen Parteien nahestanden. Eine tatsächliche Alternative zur SED stellten somit lediglich LDP und CDUD dar. Die LDP verstand sich als Partei in der Tradition von DVP und DDP, die CDUD stellte eine konfessionsübergreifende Nachfolgepartei des Zentrums dar.

Oltmer für die umfangreiche Archivarbeit sowie Dipl.-Psych. Jochen Hardt, Catrin Aloy und Christof Freimuth für die Datenaufnahme.

² Vgl. Hardt/Hajna/Oltmer, Thüringen, S. 512.

Geschwächt wurde die Position des bürgerlichen Lagers durch mehrere Faktoren. Zum einen gab es keine nationalen oder konservativen Parteien, da von vornherein nur explizit „antifaschistische Parteien“ zugelassen wurden.³ Inhaltliche Unterschiede zwischen den beiden bürgerlichen Parteien CDUD und LDP (z.B. in der Frage der Bodenreform und des Verhältnisses von Staat und Kirche) erschwerten zudem eine gemeinsame Frontstellung gegen die marxistischen Parteien und Massenorganisationen. Zum anderen wurde die Position der SED nicht zuletzt durch ihre engen Kontakte zur Besatzungsmacht gestärkt. Durch zahlreiche Maßnahmen – von der Papierzuteilung über Veranstaltungs- und Plakatierungsverbote sowie Wahlrechtsentzüge bis zur direkten Einschüchterung von Kandidaten der CDUD und LDP – griff die SMAD zugunsten der SED und der Massenorganisationen in den Wahlkampf ein. Die größten Benachteiligungen erfuhr Christ- und Liberaldemokraten bei den Gemeinderats- und Kreistagswahlen: Dort durften nur von der SMAD registrierte Ortsgruppen der verschiedenen Parteien Wahlvorschläge einreichen. De facto führte dies dazu, daß LDP und CDUD vielerorts trotz entsprechender Proteste erst gar nicht zur Wahl zugelassen wurden. Nur bei den Landtagswahlen mußte die SED überall mit CDUD und LDP um die Stimmen der Wähler konkurrieren.

Bei allen Wahlgängen beteiligten sich auf SBZ-Ebene insgesamt mehr als 90 Prozent der Wahlberechtigten.⁴ Allerdings stimmten 9,5 bzw. 8,2 Prozent⁵ der Wähler bei den Gemeinderats- und Kreistagswahlen ungültig, deutlich mehr als bei den Landtagswahlen (5,6 Prozent), was möglicherweise einen Ausdruck des Protestes gegen die eingeschränkten Parteialternativen darstellte. Ihr bestes Ergebnis erreichte die SED, wie aus Abbildung 1 ersichtlich ist, mit 57,1 Prozent bei den Gemeinderatswahlen, am schlechtesten schnitt sie mit 47,6 Prozent – auf SBZ-Ebene – bei den Landtagswahlen ab, wo sie in allen Gemeinden gegen CDUD und LDP antrat. LDP und CDUD erreichten bei den Landtagswahlen 24,6 bzw. 24,5 Prozent der Stimmen – nur durch die VdgB war damit eine Mehrheit der SED gesichert. Frauen- und Kulturbund erzielten im Gegensatz zur VdgB keine nennenswerten Wähleranteile.

Auch wenn die SED eindeutig als stärkste Partei aus den Wahlen hervorging, konnte sie nicht an den Erfolg des Volksentscheides in Sachsen⁶ anknüpfen. Ihr Ergebnis blieb hinter den Erwartungen der SMAD und der SBZ-

³ Schmitt, Politische Landschaften, S. 412.

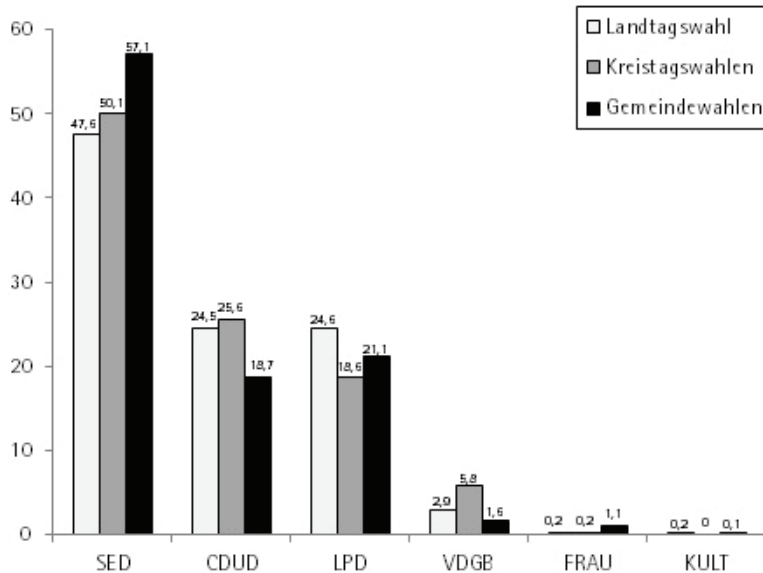
⁴ Bei den Kreistagswahlen beteiligten sich nach eigenen Berechnungen 92 Prozent der Wahlberechtigten, wobei zur Berechnung allerdings nicht alle Wahlergebnisse zur Verfügung standen.

⁵ Eigene Berechnungen (SBZ-Datensatz, VW-Projekt „Wahlen in der SBZ 1946“).

⁶ Dem Volksentscheid in Sachsen zur entschädigungslosen Enteignung von Kriegs- und Nazi-Verbrechern stimmten 77,6 Prozent der Wahlberechtigten zu. Auf Kreisebene dokumentiert sind die Ergebnisse in Braun, Wahlen und Abstimmungen, S. 395.

Führung zurück; das bürgerliche Lager erwies sich als ähnlich stark wie die SED.

Abb. 1: Die Wahlergebnisse der Parteien in der SBZ bei den Landtags-, Kreistags- und Gemeindewahlen 1946 (Angaben in Prozent der gültigen Stimmen)



Quelle: Braun, Wahlen und Abstimmungen, S. 396f.

Zudem mußte die SED bei den Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen am gleichen Tage in Berlin eine deutliche Niederlage gegen die dort noch kandidierende SPD hinnehmen.⁷ Dennoch bekundete ein großer Teil der Bevölkerung durch die Wahl der SED ihre Zustimmung zu den eingeleiteten gesellschaftlichen und politischen Veränderungen.⁸ Wie die SED in der SBZ bei gleichzeitiger Kandidatur der SPD abgeschnitten hätte, bleibt eine hypothetische, empirisch nicht zu beantwortende Frage. Die vorliegenden Daten für Land- und Kreistagswahlen in der SBZ erlauben jedoch Aufschluß darüber, in welchem Umfang die SED von verhinderten Kandidaturen der CDUD und LDP bei den Kreistagswahlen profitierte. Schon die Unterschiede der Wahlergebnisse von Landtags- und Kommunalwahlen deuten darauf hin, daß die SED ihre absolu-

⁷ Die SPD erreichte in Berlin 48,8 Prozent, die SED rangierte mit 19,8 Prozent der gültigen Stimmen noch hinter der CDUD (22,2 Prozent), nur die LDP schnitt mit 9,8 Prozent der gültigen Stimmen schlechter ab.

⁸ Vgl. Weber, Geschichte der DDR, S. 142ff.

ten Mehrheiten vor allem den Restriktionen zu verdanken hatte, denen die beiden bürgerlichen Parteien bei der Zulassung von Wahlvorschlägen unterlagen.

2. Freie Wahlen? Zu den Auswirkungen der Lizenzierungspraxis der SMAD auf das Kreistagswahlergebnis

Die Frage, ob es sich bei den Wahlen von 1946 tatsächlich um freie Wahlen handelte, ist nicht eindeutig zu beantworten. Obwohl die *Wahlordnung* demokratischen Prinzipien entsprach, wurde die Chancengleichheit der Parteien durch zahlreiche Maßnahmen der SMAD verletzt: Während sie bei den Landtagswahlen in allen Orten der SBZ antreten konnten, kam es bei den Kommunalwahlen zu massiven Einschränkungen der Kandidatur der beiden bürgerlichen Gruppierungen. Die notwendige Lizenzierung von Ortsgruppen durch die SMAD führte dazu, daß CDUD und LDP vielerorts erst gar keine Wahlvorschläge einreichen konnten. Selbst wenn örtliche Vereinigungen von CDUD und LDP bestanden, was aufgrund der geringen Organisationsdichte beider Parteien in vielen Gemeinden nicht der Fall war, konnten die jeweiligen sowjetischen Kommandanturen die Registrierung aus den vielfältigsten Gründen verweigern: Sie reichten von fehlenden Unterschriften auf den Wahlvorschlägen, angeblichem oder tatsächlichem Engagement von Nationalsozialisten innerhalb der lokalen CDUD- oder LDP-Parteioorganisationen bis hin zum Argument undemokratischer Wahl des Kreisvorstandes einer Partei.⁹ De facto bestimmte die SMAD damit über Zu- oder Nichtzulassung einer Partei in der Gemeinde bzw. im Kreis. Am schwächsten waren CDUD und LDP bei den Gemeindewahlen vertreten; bei den Kreistagswahlen durfte die LDP in 33 und die CDUD in 16 von insgesamt 126 Landkreisen nicht antreten.¹⁰ Zumindest in diesen Gemeinden kann nicht mehr von freien Wahlen gesprochen werden. Es stellt sich die Frage, in welcher Form die Wahlberechtigten auf die Einschränkung ihrer Auswahlfreiheit reagierten.

Der folgenden Analyse liegen die Kreistagswahlergebnisse für die Gemeinden von 91 der insgesamt 126 Landkreise zugrunde, die in den Archiven der ehemaligen DDR nach der Wende wieder zugänglich waren. In Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt konnten die Kreistagswahlergebnisse aller Gemeinden erfaßt werden; in den anderen Ländern war eine vollständige Re-

⁹ Vgl. Hardt/Hajna/Oltmer, Thüringen, S. 517.

¹⁰ Vgl. Braun, Wahlen und Abstimmungen, S. 385. Eine umfangreiche Auswertung neu zugänglicher Aktenbestände über die Umstände der Vorbereitung und Durchführung der Wahlen von 1946, insbesondere der vielfältigen Wahlbehinderungen und -beeinflussungen, wird derzeit von Karl-Heinz Hajna im Rahmen des angeführten Projekts „Die Wahlen von 1946 in der Sowjetischen Besatzungszone“ durchgeführt.

konstruktion dagegen nicht mehr möglich.¹¹ In den im Datensatz enthaltenen 91 Landkreisen waren die LDP in 28, die CDUD in 11 Kreisen und in 9 Kreisen sowohl CDUD als auch LDP nicht mit einem Wahlvorschlag vertreten. Besonders kraß war die Situation für die Liberaldemokraten in Mecklenburg-Vorpommern: Sie konnten dort lediglich in 6 der 21 Kreise antreten.

Ihren Unmut über die Wahlbedingungen konnten die Wahlberechtigten durch Wahlenthaltung ausdrücken, sie konnten ungültig abstimmen oder aus Protest eine andere Partei wählen. In der nachfolgenden Tabelle 1 sind die Kreistagswahlergebnisse der einzelnen Parteien dargestellt; sie umfaßt zunächst das durchschnittliche Resultat aller im Datensatz vorhandenen Gemeinden der SBZ.¹² In den nächsten Spalten folgen das Kreistagswahlergebnis der Gemeinden, in denen alle Parteien einen Wahlvorschlag einreichen konnten, dann der Gemeinden, in denen entweder die LDP oder die CDUD nicht zur Wahl antreten konnten, und schließlich das Abstimmungsergebnis in den Orten, in denen weder CDUD noch LDP einen Wahlvorschlag einreichen konnten.

Tab. 1: Die Kreistagswahlergebnisse vom 20.10.1946 in Abhängigkeit von der Kandidatur von LDP und CDUD*

(Gemeinden)	Gesamtergebnis SBZ	alle Parteien kandidiert	nur LPD nicht kandidiert	nur CDUD nicht kandidiert	LPD und CDUD nicht kandidiert
	(7982)	(5136)	(1935)	(102)	(809)
SED	50,2	47,6	52,4	57,4	70,1
LPD	17,6	23,3	-	35,2	-
CDUD	26,3	25,5	41,5	-	-
VdgB	5,8	3,4	5,9	7,4	29,9
Wahlbet.**	91,9	92,2	91,4	91,5	91,0
Ungült. St.	8,2	5,8	6,6	(11,5)***	30,5

* Stimmanteile in Prozent der gültigen Stimmen, Wahlbeteiligung in Prozent der Wahlberechtigten, ungültige Stimmen in Prozent der abgegebenen Stimmen.

** Bei fehlenden Wahlberechtigten wurde die Anzahl der Wahlberechtigten bei den am gleichen Tag stattfindenden Landtagswahlen eingesetzt.

*** Wegen fehlender Daten nur für 66 Gemeinden berechenbar.

Quelle: Eigene Berechnungen, SBZ-Datensatz, VW-Projekt „Wahlen in der SBZ 1946“.

Die Beteiligung an den Wahlen war recht hoch: selbst in Gemeinden, in denen LDP und CDUD auf dem Stimmzettel fehlten, lag sie nur geringfügig unter

¹¹ In Brandenburg fehlen die Daten der Gemeinden in 12 von 21, in Thüringen in 9 von 22 und in Sachsen in 14 von 29 Landkreisen.

¹² Die Unterschiede zwischen dem amtlichen Wahlergebnis (vgl. Abbildung 1) und dem in Tabelle 1 ausgewiesenen Ergebnis resultiert aus den im Datensatz fehlenden, vermutlich nicht mehr vollständig rekonstruierbaren Kreistagswahldaten für die oben genannten Kreise. Der CDUD-Anteil weicht um einen Prozentpunkt nach oben, der LDP-Anteil um einen Prozentpunkt nach unten vom Ergebnis aller Gemeinden ab.

dem SBZ-Durchschnitt.¹³ Dagegen nahm der Anteil ungültiger Stimmen mit den Beeinträchtigungen zu. Wo keine der beiden bürgerlichen Parteien zur Wahl stand, stimmte jeder dritte Wähler ungültig. Die Ergebnisse deuten darauf hin, daß die Wähler zur CDUD abwanderten, wenn die LDP nicht antrat und umgekehrt – auf den ersten Blick erstaunlich, da LDP und CDUD sich programmatisch in einer Reihe von Punkten keineswegs nahestanden¹⁴ und unterschiedliche Wählerschichten vertraten. In Gemeinden, in denen weder CDUD noch LDP zur Wahl standen, erreichte die VdgB einen Stimmenanteil von knapp zehn Prozent: Offensichtlich stellte die VdgB für viele Wähler im Vergleich zur SED das kleinere Übel dar, da ihr Stimmenanteil in diesen Gemeinden prozentual erheblich stärker stieg als der der SED.

Die Unterschiede in den Kreistagswahlergebnissen sind sicherlich nicht nur darauf zurückzuführen, welche Parteien zur Wahl standen, sondern auch auf die jeweilige regionale und sozialstrukturelle Zusammensetzung der Gemeinden. Zu den Orten, in denen die LDP nicht kandidieren durfte, zählen beispielsweise vorwiegend mecklenburg-vorpommersche Gemeinden, wo die CDUD generell – d. h. nicht nur in Gemeinden ohne Wahlvorschlag der LDP – besonders gut abschnitt. Günstigerweise fanden in der SBZ zeitgleich zu den Kreistagswahlen die Landtagswahlen statt, bei denen alle Parteien zugelassen waren. Da Kreis- und Landtagswahlen an einem Tag stattfanden, steht grundsätzlich zu vermuten, daß die Wahlergebnisse in den Gemeinden, in denen auch bei den Kreistagswahlen alle Parteien zur Wahl standen, nicht sehr stark voneinander abweichen: Das Landtagswahlergebnis der Christ- und der Liberaldemokraten stellt einen Anhaltspunkt für deren mögliches Kreistagswahlergebnis in den Gemeinden dar, in denen sie nicht kandidieren konnten; aus dem Vergleich der Wahlergebnisse ist zudem ersichtlich, welche Parteien bei den Kreistagswahlen besser abschnitten, wenn LDP oder CDUD nicht kandidieren konnten.¹⁵

Die Kreistagswahlergebnisse der Gemeinden, in denen alle Parteien von der SMAD zugelassen waren, unterscheiden sich, wie aus Abbildung 2a zu erkennen ist, in der Tat nur geringfügig von den entsprechenden Landtagswahlergebnissen. Wo nur die Liberaldemokraten nicht kandidierten (vgl. Abbildung 2b), erhielten die Christdemokraten knapp sieben Prozentpunkte mehr als bei der Landtagswahl, während das Stimmergebnis der SED nur geringfügig höher ausfiel. In den Kreisen Grimmen (Mecklenburg-Vorpommern) und Annaberg (Sachsen), in denen als einzige Partei die Christdemokraten nicht antreten konnten (Abbildung 2c), verzeichnete die LDP bei der Kreistagswahl rund 14

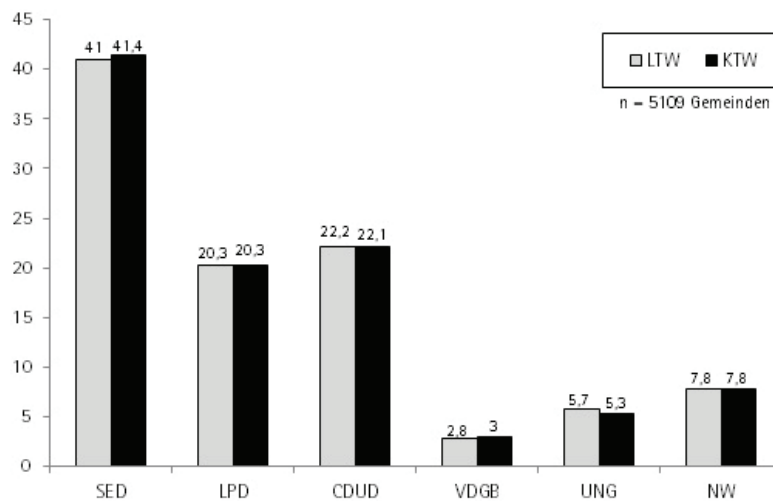
¹³ In den Orten, in denen die Zahl der Wahlberechtigten nicht mehr rekonstruierbar war, wurde die Anzahl der Wahlberechtigten der Landtagswahl als Grundlage für die Berechnungen verwendet.

¹⁴ Vgl. dazu weiter oben, S. 189 ff.

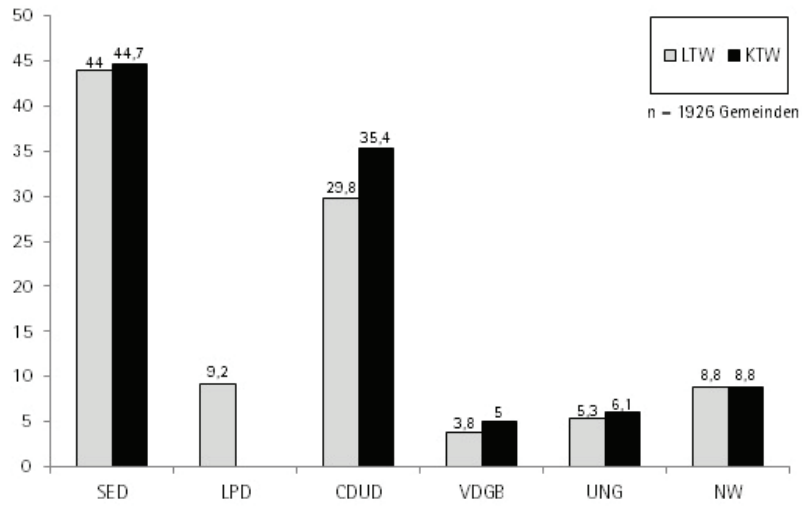
¹⁵ Um die Nichtwähler in die Analyse einzubeziehen, sind die Stimmanteile der einzelnen Parteien sowie die ungültigen Stimmen in Tabelle 1 auf die Wahlberechtigten prozentuiert.

Prozentpunkte mehr als bei den Wahlen zum Landtag, schöpfte damit quantitativ jedoch nicht das ganze CDUD-Potential (23 Prozent bei der Landtagswahl) aus. Vielmehr stieg auch der Stimmenanteil der VdgB und die Anzahl ungültiger Stimmzettel sowie der Nichtwähleranteil. Zur Farce wurden die Kreistagswahlen in den 805 Gemeinden, wo weder Christ- noch Liberaldemokraten um die Wählerstimmen konkurrieren durften (Abbildung 2d), da die VdgB dort die einzige (Schein-)Alternative zur SED darstellte. In diesen Ortschaften gaben 22,1 Prozent mehr Wähler ungültige Stimmen ab als bei der Landtagswahl. Wahlenthaltungen gab es dort bei der Kreistagswahl nur unwesentlich mehr als bei der Landtagswahl, und aufgrund mangelnder Alternativen verwundert auch keineswegs, daß die VdgB in erheblich höherem Umfang gewählt wurde als bei der Landtagswahl. Die SED erhielt auf Kreisebene lediglich um 3,4 Prozentpunkte mehr Stimmen als auf der Landesebene.

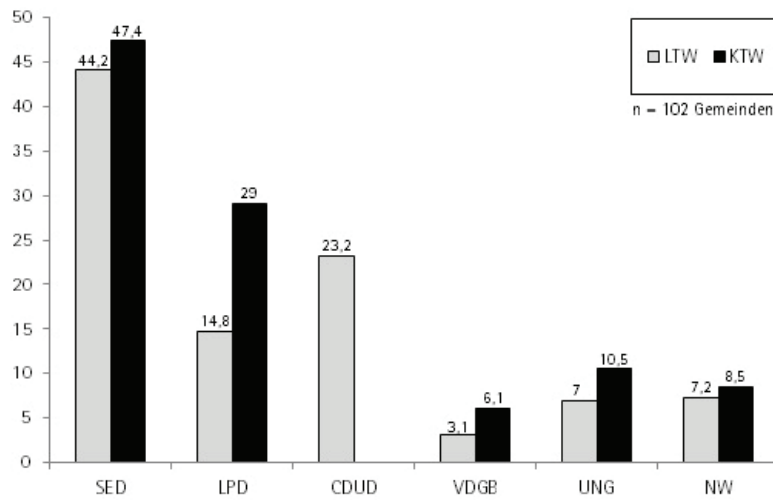
Abb. 2: Kreis- und Landtagswahlergebnisse in der SBZ 1946
a) Gemeinden ohne Restriktionen bei der Kreistagswahl (Angaben in Prozent der Wahlberechtigten)



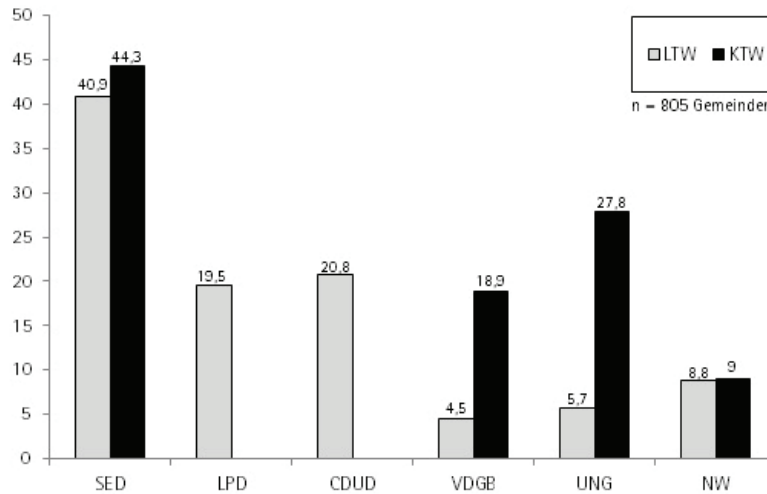
b) Gemeinden, in denen die LPD nicht angetreten ist (jedoch die CDUD) (Angaben in Prozent der Wahlberechtigten)



c) Gemeinden, in denen die CDUD nicht angetreten ist (jedoch die LPD) (Angaben in Prozent der Wahlberechtigten)



d) Gemeinden, in denen die LPD und CDUD nicht angetreten sind
(Angaben in Prozent der Wahlberechtigten)



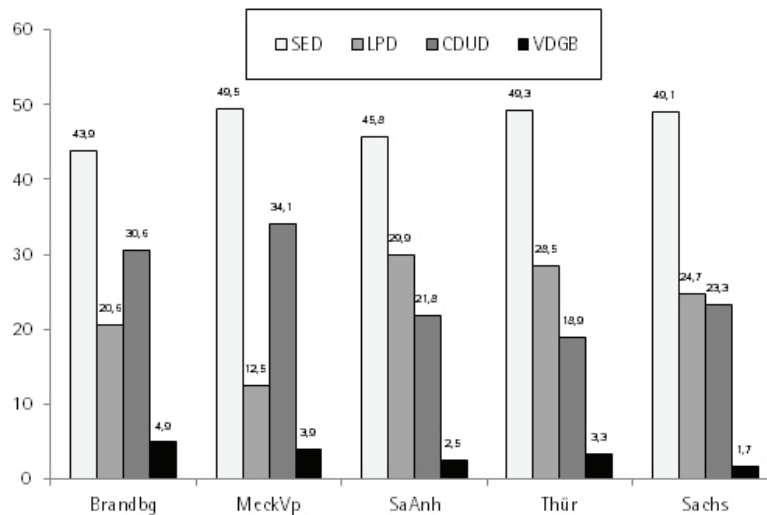
Der restriktive Umgang bei der Zulassung von Parteien zur Kreistagswahl wurde, wie die vorliegende Auswertung der Wahlergebnisse auf Gemeindeebene zeigt, durch die Wähler also vor allem mit ungünstigen Stimmzetteln beantwortet. Die SED profitierte in allen Fällen nur unwesentlich vom Nicht-Antreten von Christ- oder Liberaldemokraten. Allerdings gewann sie indirekt über den Zuwachs an Stimmen für die VdgB ihre Mehrheiten bei den Kreistagswahlen. Wo entweder CDUD oder LDP nicht antraten, konnte die jeweils andere bürgerliche Partei bei den Kreistagswahlen deutlich mehr Stimmen als bei den Landtagswahlen verzeichnen. Dies ist, wie schon angeführt, unter wahlanalytischen Gesichtspunkten deshalb überraschend, weil CDUD und LDP unterschiedliche weltanschauliche Positionen vertraten und – wie noch zu zeigen sein wird – in einem andersgearteten sozialen Kontext ihr Wählerreservoir fanden.

3. Sozialstrukturelle Verankerung der Parteien

Wahlhistorisch von besonderer Bedeutung ist der regionale und soziale Kontext, in dem die einzelnen Parteien überdurchschnittlich gut bzw. schlecht abschnitten, da die Gemeinde-, Kreistags- und Landtagswahlen 1946 bis 1990 die einzigen kompetitiven Wahlen auf dem Gebiet der SBZ/DDR blieben. Dieser Kontext kann vergleichend nur auf der Grundlage der Landtagswahlen untersucht werden, da nur dort eine flächendeckende Kandidatur aller Parteien

möglich war. Berücksichtigt werden muß aber auch hier, daß die Chancengleichheit der Parteien ebenso wie bei den Kommunalwahlen durch Benachteiligungen von CDUD und LDP durch die SMAD – z.B. bei Papierzuteilungen u.a. – beeinträchtigt wurde.

Abb. 3: Die Wahlergebnisse der Parteien bei den Landtagswahlen in der SBZ 1946 nach Ländern



Schon aus den Landtagswahlergebnissen der fünf Länder und Provinzen (Abbildung 3) lassen sich regionale Unterschiede erkennen: In Thüringen, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern erzielte die SED mit mehr als 49 Prozent ihre besten Ergebnisse, wobei die Bodenreform für das gute Abschneiden in Mecklenburg-Vorpommern vermutlich eine wesentliche Rolle spielte. Die Christdemokraten verzeichneten ihre höchsten Wahlergebnisse in den beiden vorwiegend agrarisch strukturierten Ländern Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg, die LDP in Sachsen-Anhalt und Thüringen. In den nördlichen Ländern Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg verbuchte andererseits auch die VdGB ihre größten Erfolge, während sich im industrialisierten Sachsen nur 1,7 Prozent der Wählerinnen und Wähler für die Interessenvertretung der (Neu-) Bauern entschieden.

Die sozialstrukturellen Indices der Gemeinden (vgl. Tabelle 2) beruhen auf der am 29. Oktober 1946 durchgeführten Volks- und Berufszählung, deren zeitliche Nähe zu den Wahlen angesichts der zahlreichen kriegs- und nachkriegsbedingten Umwälzungen der Bevölkerungsstruktur für eine angemessene Analyse besonders wichtig ist. Vor allem die durch die Vertreibungen aus den ehemaligen Reichsgebieten östlich von Oder und Neiße bedingte Bevölke-

rungsvermehrung, der hohe Frauenanteil, die Landflucht und der durch vertriebene Schlesier, Oberschlesier und Sudentendeutsche gestiegene Katholikenanteil veränderten die demographische Struktur der SBZ im Vergleich zur Vorkriegszeit entscheidend. In Tabelle 2 sind die soziodemographischen Daten der Volkszählung für die Länder und Provinzen der Sowjetischen Besatzungszone wiedergegeben.¹⁶ Erfasst sind (auf Gemeindeebene) der Männer- und Frauenanteil, die Religionszugehörigkeit sowie die Anteile der einzelnen Wirtschaftszweige und Berufsgruppen an der Bevölkerung.¹⁷

Die SED führte den Wahlkampf mit den Schlagworten „Einheit, Frieden und Sozialismus“.¹⁸ Diese Programmatik läßt zunächst erwarten, daß die Partei ihre besten Wahlergebnisse in Gemeinden mit einem hohen Arbeiteranteil erreichte, also vor allem in den Städten: Knapp 47 Prozent der SED-Mitglieder waren Ende Dezember 1947 Industriearbeiter, dagegen betrug der Anteil der Landarbeiter innerhalb der SED nur 3,6 Prozent.¹⁹ Ihr bestes Landesergebnis erzielte die SED entgegen der oben geäußerten Erwartung jedoch nicht in einem der stark industrialisierten Länder,²⁰ sondern im agrarisch geprägten Mecklenburg-Vorpommern. Eine wesentliche Erklärung bildet sicher die von der SMAD konsequent betriebene Bodenreform, die die wirtschaftliche Struktur des vormals vom Großgrundbesitz geprägten Landes einschneidend veränderte – ein wesentlicher Teil der Bevölkerung profitierte hier von der Zuteilung enteigneten Bodens; in Mecklenburg-Vorpommern verzeichnete die SED mit 15,6 Prozent auch den höchsten Mitgliederbestand an selbständigen Bauern im Vergleich zu sechs Prozent im SBZ-Durchschnitt.²¹ Andererseits muß aber auch berücksichtigt werden, daß vor allem Sozialdemokraten, aber auch Kom-

¹⁶ Vgl. dazu SBZ-Handbuch, S. 1069-1074.

¹⁷ Erfasst wurden alle vor dem 1.1.1932 Geborenen. Zu den verschiedenen Wirtschaftszweigen/Berufsgruppen wurden in der Zählung nicht nur die dort Beschäftigten, sondern auch die von diesem Einkommen lebenden Angehörigen gerechnet, d.h. die Anteile beziehen sich auf die Bevölkerung, nicht auf die Erwerbspersonen. Selbständige Berufslose sind Personen, die von staatlichen Transferleistungen (Rente) lebten oder Einkommen ohne Berufstätigkeit bezogen, selbständige Berufslose addieren sich sowohl mit den Wirtschaftszweigen als auch mit den Berufsgruppen zur Wohnbevölkerung (= 100%). Nicht aufgeführt sind in der folgenden Tabelle die zu den Wirtschaftszweigen zählenden „Häuslichen Dienste“; für diese zahlenmäßig unbedeutende Gruppe liegt keine Aufschlüsselung auf Gemeindeebene vor, weshalb sich die Prozentwerte nicht zu 100 addieren.

¹⁸ Vgl. Weber, Geschichte der DDR, S. 138.

¹⁹ Stand Ende Dezember 1946 (Quelle: SAPMO, ZPA, 215/4990); vgl. dazu auch weiter oben, S. 173 ff.

²⁰ Möglicherweise schnitt die SED, abweichend vom Trend, dort unterdurchschnittlich ab, wo sich Widerstand gegen die Vereinigung von Sozialdemokraten und Kommunisten artikuliert hatte – dies müßte an Einzelfällen überprüft werden (vgl. dazu Braun, Determinanten, S. 348), kann hier jedoch nicht weiter verfolgt werden.

²¹ Stand Ende Dezember 1946 (Quelle: SAPMO, ZPA, 215/4990); vgl. dazu auch weiter oben, S. 177 ff.

munisten, bereits während der Weimarer Republik in Mecklenburg beachtliche Wahlerfolge erzielt hatten.²²

Tab. 2: Soziodemographische Struktur der Bevölkerung in der SBZ nach Ländern*

	Gesamte SBZ	B**	M-V**	S-A**	T**	S**
Gemeinden***	12236	2205	2417	2652	2382	2580
Einwohner (in Tsd.) (=100%)	1720,4	2517,2	2110,1	4135,5	2911,4	5529,6
Geschlecht						
Männer	42,6	42,1	42,6	43,3	43,0	42,0
Frauen	57,4	57,9	57,4	56,7	57,0	58,0
Religionszugehörigkeit****						
protestantisch	81,9	85,5	84,0	80,2	76,7	83,6
römisch-katholisch	11,9	9,0	13,3	14,9	16,6	7,9
ohne Bekenntnis	5,5	4,7	2,2	4,4	5,9	7,9
Berufliche Stellung						
Arbeiter	44,6	41,8	36,9	45,4	43,8	48,5
Angestellte	14,1	12,7	11,3	14,7	14,8	15,1
Selbständige	13,9	16,7	19,2	12,3	14,4	11,7
Mith. Familienang.	6,4	8,6	9,4	5,9	7,1	4,4
Selbst. Beruflose	20,9	20,2	23,2	21,6	20,0	20,3
Wirtschaftszweige*****						
Land- & Forstwirtschaft	20,3	27,9	34,8	21,3	18,6	11,4
Industrie & Handwerk	35,7	28,6	20,9	33,9	38,9	44,2
Handel & Verkehr	12,3	11,2	9,9	12,0	12,0	14,0
Dienstleistungen	9,3	10,6	9,4	9,5	9,0	8,6

* Volkszählung vom 29.9.1946, Spaltenprozente prozentuiert auf Einwohner.

** B: Brandenburg; M-V: Mecklenburg-Vorpommern; S-A: Sachsen-Anhalt; S: Sachsen; T: Thüringen.

*** Für 13 Gemeinden der SBZ fehlen die Daten.

**** Die Spaltenprozente addieren sich nicht zu 100%, da keine Aufschlüsselung der anderen Religionsgemeinschaften für die Gemeinden vorliegt.

***** Die Kategorie Häusliche Dienste wurde ebenfalls nicht für die Gemeinden erfaßt.

Fallzahl: 12236 Gemeinden, gewichtet mit der Anzahl der Einwohner.

Quelle: Eigene Berechnungen (SBZ-Datensatz, VW-Projekt „Wahlen in der SBZ 1946“).

Innerhalb der CDUD setzte sich nach Übernahme des Parteivorsitzes durch Jakob Kaiser zunehmend die Position eines „christlichen Sozialismus“ durch. Nicht zuletzt von ihrem Bekenntnis zum Sozialismus versprach sich die CDUD Zulauf von sozialdemokratischen Gegnern der Zwangsvereinigung von KPD und SPD.²³ Mit der Devise „Christentum oder Marxismus“ versuchte sie jedoch, sich eindeutig von der SED abzugrenzen. Neben kirchlichen Kreisen gehörten vor allem Mittelstand und Landwirtschaft zu ihrer Klientel, und trotz

²² Vgl. Falter/Lindenberger/Schumann, Wahlen und Abstimmungen, S. 98 f.

²³ Vgl. Suckut, Blockparteien.

ihres überkonfessionellen Charakters war die Zentrumstradition noch sehr stark, so daß sich ihre Wählerschaft überproportional aus Katholiken zusammensetzte. Die ambivalente und konflikträchtige Haltung der CDUD bei der Zustimmung zur Bodenreform²⁴ mag allerdings gerade bei ihrer ländlichen Klientel Stimmeneinbußen nach sich gezogen haben.

Während die CDUD eine christliche Variante des Sozialismus vertrat, profilierte sich die LDP durch eine betont antisozialistische Haltung, die wirtschaftspolitisch vor allem die Forderung nach freier Unternehmerinitiative beinhaltete. Erstaunlicherweise hinderte dies die LDP jedoch nicht daran, der Boden- und der Industriereform, die eine sozialistische Wirtschaftspolitik einleiteten, zuzustimmen.²⁵ Die Wiedereinführung des Berufsbeamtentums sowie die Durchsetzung eines Rechtsstaates mit Gewaltenteilung bildeten weitere Eckpunkte des liberaldemokratischen Programms. Es ist anzunehmen, daß die Wahlerfolge der Liberalen wesentlich von Urbanisierungsgrad und Angestelltenanteil abhingen.²⁶

Ziel der im Zusammenhang mit der Bodenreform gegründeten VdgB war die Vertretung der Interessen vor allem der Neubauern. Aufgrund dieser Tatsache, so zunächst die Erwartung, mußte die VdgB vor allem in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg höhere Stimmenanteile erhalten haben, wo es, bedingt durch die Bodenreform, besonders viele Neubauern gab. Die Kandidatur der Frauenausschüsse zielte hingegen auf die Gewinnung von Wählerinnen ab, die kriegsbedingt die Mehrheit der Wahlberechtigten stellten. Die Beteiligung des Kulturbundes an den Landtagswahlen war intern umstritten, nur in Sachsen kam es schließlich zu einer Kandidatur. Lediglich der VdgB gelang es jedoch in größerem Umfang, Wählerstimmen zu erringen, Frauenausschüsse und Kulturbund blieben – wie die oben dargestellten Wahlergebnisse belegen – quantitativ bedeutungslos.

Die Ausgangshypothesen hinsichtlich des Abschneidens der einzelnen Parteien und Organisationen in den Gemeinden lassen sich folgendermaßen zusammenfassen: Zum einen wurde ein unterschiedliches Wahlverhalten in *städtischen* und *ländlichen* Gebieten vermutet. Die Hochburgen der SED wie der LDP wurden in den Städten vermutet, bessere Wahlchancen von CDUD und VdgB hingegen in ländlichen Gemeinden. Eine weitere Determinante des Wahlverhaltens stellt der Beruf dar. In Gemeinden mit hohem Arbeiteranteil, so stand zu vermuten, würde die SED besonders gut abschneiden, in Orten mit einem hohen Anteil an Landwirten und mithelfenden Familienangehörigen die CDUD oder die VdgB, während LDP-Wahlerfolge vor allem dort zu erwarten waren, wo es überdurchschnittlich viele Angestellte gab. Seit der Entstehung

²⁴ Vgl. dazu weiter oben, S. 204ff.

²⁵ Vgl. dazu weiter oben, S. 207ff.

²⁶ Entsprechende empirische Belege für die Weimarer Republik liefert Winkler; Liberalismus, z.B. S. 423.

des im Rahmen des Kulturkampfes stark gewordenen politischen Katholizismus, der sich in der Gründung des Zentrums politisch manifestiert hatte, stellt die *Konfession* eine weitere wesentliche Determinante des Wahlverhaltens in Deutschland dar: Hohe Stimmenanteile der CDUD in katholischen Gebieten müßten also die Folge sein. Aufgrund von Untersuchungen zum Wahlverhalten in der Weimarer Republik war ferner zu vermuten, daß sich ein hoher *Frauenanteil* auch in der SBZ zugunsten konservativer Parteien auswirkte.²⁷ Schließlich konnte davon ausgegangen werden, daß die Besonderheiten des Wahlkampfes und die spezielle politische Situation in der Sowjetischen Besatzungszone nicht ohne Einfluß auf die Wahlergebnisse in den Gemeinden blieben: Genannt wurden bereits die Bodenreform und die Folgen des Vereinigungsprozesses von SPD und KPD. Braun²⁸ nimmt darüber hinaus an, daß das Wahlergebnis der SED durch ihre in der Bevölkerung wahrgenommene Rolle als „Russenspartei“ noch zusätzlich negativ beeinflusst wurde. Ihre Wahlchancen seien zudem in den an Berlin angrenzenden Wahlkreisen relativ schlechter gewesen, da CDUD und LDP dort die unmittelbare Unterstützung ihrer Berliner Parteiorganisationen nutzen konnten, was nachteilige Wahlkampfbedingungen und Wahlbehinderungen habe ausgleichen können.

Die Analyseergebnisse bestätigen diese Ausgangshypothesen nur teilweise. Die Wahlergebnisse der einzelnen Parteien in Stadt- und Landkreisen sind in Tabelle 3 zusammengefaßt. Die SED errang unabhängig vom Urbanisierungsgrad in beiden Gruppen ungefähr den gleichen Prozentsatz an Stimmen, während bei allen anderen Parteien Unterschiede zu beobachten sind. Für die LDP entschieden sich in den Stadtkreisen knapp zehn Prozent mehr Wahlberechtigte als in den Landkreisen. Die Christdemokraten verzeichneten dagegen durchschnittlich fünf Prozentpunkte mehr in den Landkreisen als in den Stadtkreisen. Der Stadt-Land Unterschied macht sich auch bei der VdgB bemerkbar: Ihr Stimmenanteil betrug in den Stadtkreisen nur 0,4 Prozent, was bei einer landwirtschaftlichen Interessenvertretung allerdings nicht verwunderlich ist.

Wie diese Ergebnisse belegen, gelang es der SED, neben ihrer traditionellen Wählerschaft, also vor allem Arbeitern, die Landbevölkerung zu erreichen. Um Aufschluß über das Abstimmungsverhalten in Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Struktur der Gemeinden zu erhalten, wurden diese in jeweils vier Gruppen aufgeteilt (Tabelle 4): Im untersten Quartil befinden sich definitionsgemäß die 25 Prozent der Gemeinden, die die niedrigsten Anteile an einem der aufgeführten wirtschaftlichen Merkmale aufweisen, im obersten die 25 Prozent mit den höchsten usw. Wiedergegeben ist in Tabelle 4 das durchschnittliche Wahlergebnis für die gesamte SBZ und für die einzelnen Quartile; in der letzten

²⁷ Vgl. die Dokumentation geschlechtsspezifischer Sonderauszählungen der Reichstagswahlen zwischen 1924 und 1932 bei Falter/Lindenberger/Schumann, *Wahlen und Abstimmungen*, S. 83 f.

²⁸ Vgl. Braun, *Determinanten*, S. 347.

Spalte befindet sich der Pearsonsche Korrelationskoeffizient r , der ein Maß für die Stärke und die Richtung des Zusammenhangs zwischen zwei Merkmalen bildet.²⁹

Tab. 3: Die Landtags-Wahlergebnisse vom 20.10.1946 in Stadt- und Landkreisen der SBZ (Spaltenprozente prozentuiert auf Wahlberechtigte)

	Gesamt	Landkreise	Stadtkreise
SED	41,3	41,3	41,2
LPD	21,3	18,7	28,4
CDUD	21,2	22,6	17,3
VDGB	2,5	3,3	0,4
Ungültige	5,0	5,7	2,9
Nichtwähler	8,0	7,9	9,4
Wahlberechtigte	11.321.398	8.278.042	3.043.356
Kreise	178	126	52

Stimmanteile prozentuiert auf die Anzahl der Wahlberechtigten.

Fälle gewichtet mit der Anzahl der Wahlberechtigten.

Eigene Berechnungen, SBZ-Datensatz, VW-Projekt „Wahlen in der SBZ 1946“.

Wie man sieht, nahm der Stimmenanteil der SED mit steigendem Arbeiteranteil zu ($r = .37$). In den 25 Prozent der Gemeinden mit dem niedrigsten Arbeiteranteil erhielt die SED um lediglich zehn Prozentpunkte weniger Stimmen als in dem Viertel der Gemeinden mit den höchsten Arbeiteranteilen. Vor allem bei den Quartilen der anderen Berufsgruppen fallen die geringen Differenzen im Wahlergebnis der SED auf. Die negativen Zusammenhänge zwischen den SED-Anteilen und den Beschäftigten in der Landwirtschaft bzw. dem Anteil an Selbständigen sind dementsprechend mit $r = -.18$ bzw. $r = -.21$ nur schwach ausgeprägt. Für den Wahlerfolg der Liberaldemokraten war vor allem der Prozentsatz der Angestellten von Bedeutung; er korreliert mit $r = .48$ mit dem Stimmenanteil der LDP. Im Viertel der Gemeinden mit dem höchsten Angestelltenanteil stimmten 24 Prozent der Wahlberechtigten für die Liberaldemokraten, während es im niedrigsten Quartil lediglich 13 Prozent waren. Je höher der Anteil der Mithelfenden und Selbständigen – d.h. je ländlicher strukturiert die Gemeinde –, umso schlechter das Wahlergebnis der LDP.

²⁹ „ r “ hat einen Wertebereich von -1 bis $+1$ und nimmt den Wert 0 an, wenn kein Zusammenhang zwischen den Merkmalen besteht, den Wert -1 , wenn ein perfekter negativer, und den Wert $+1$, wenn ein perfekter positiver Zusammenhang besteht.

Tab. 4: Sozialstrukturelle Korrelate der Stimmanteile der Parteien bei der Landtagswahl vom 20.10.1946 in den Gemeinden der SBZ

	Gesamt	1. Quart.	2. Quart.	3. Quart.	4. Quart.	Korrelation
Industrie	<i>Wirtschaftszweige</i>					
% SED	41	9	37	37	43	.35
% LDP	21	11	16	21	23	.12
% CDUD	21	38	27	25	19	-.26
% VdgB	3	8	7	3	1	-.46
Dienstleistung						
% SED	41	39	40	44	41	-.12
% LDP	21	14	15	16	24	.34
% CDUD	21	26	24	23	20	-.08
% VdgB	3	8	6	4	1	-.43
Handwerk						
% SED	41	39	40	43	41	-.07
% LDP	21	12	15	16	24	.43
% CDUD	21	27	25	22	20	.19
% VdgB	3	8	6	4	1	-.50
Landwirtschaft						
% SED	41	42	39	36	38	-.18
% LDP	21	23	18	16	12	-.32
% CDUD	21	20	23	26	28	.25
% VdgB	3	1	5	7	9	.64
	<i>Selbständige Berufslose</i>					
% SED	41	38	41	42	41	.02
% LDP	21	15	18	24	21	.07
% CDUD	21	26	23	19	22	.01
% VdgB	3	8	4	2	2	-.31
Arbeiter	<i>Berufsgruppen</i>					
% SED	41	37	36	40	47	.37
% LDP	21	12	20	26	17	-.01
% CDUD	21	28	26	19	20	-.19
% VdgB	3	8	4	2	2	-.34
Angestellte						
% SED	41	38	39	42	42	-.07
% LDP	21	13	15	16	24	.48
% CDUD	21	27	25	23	20	-.23
% VdgB	3	8	7	5	1	-.54
Selbständige						
% SED	41	43	39	36	38	-.21
% LDP	21	23	19	17	12	-.27
% CDUD	21	19	24	26	28	.26
% VdgB	3	1	4	7	9	.58
Mithelfende						
% SED	41	42	40	37	36	-.22
% LDP	21	23	17	16	15	-.27
% CDUD	21	20	24	26	27	.23
% VdgB	3	1	5	7	10	.66

Spaltenprozentage prozentuiert auf Wahlberechtigte.

Korrelation: r: Pearsons r, Fälle gewichtet mit der Anzahl der Wahlberechtigten.

Quelle: Eigene Berechnungen (SBZ-Datensatz, VW-Projekt „Wahlen in der SBZ 1946“).

Der CDUD gelang es nicht, in den von der Landwirtschaft geprägten Gemeinden entscheidend Fuß zu fassen. Ihr Stimmenergebnis steigt zwar mit dem Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft bzw. korrespondierend dazu mit dem Anteil der Selbständigen und der Mithelfenden, diese Beziehungen sind jedoch nicht sehr stark ausgeprägt.³⁰ In diesen Orten mobilisierte – wie vermutet – vor allem die VdgB Wähler. In dem Viertel der Gemeinden mit den höchsten Quoten an Beschäftigten in der Landwirtschaft erzielte die VdgB 8 Prozentpunkte mehr als im niedrigsten Viertel, analog dazu verhält es sich mit dem Anteil an Selbständigen und Mithelfenden. Dementsprechend hoch fallen auch die Korrelationskoeffizienten (um .60) aus. Von der VdgB abgesehen ist das Profil der einzelnen Parteien jedoch nicht sehr stark ausgeprägt, vor allem für das Abschneiden der Christdemokraten ist die Wirtschaftsstruktur nicht weiter erklärungskräftig.

Als bedeutsamerer Faktor für das Ergebnis der CDUD könnte sich die Konfession erweisen. Als Partei in der Tradition des Zentrums stellte sie in erster Linie eine Vertretung des katholischen Bevölkerungsteils dar. Obwohl 1946 in der SBZ kriegsbedingt rund doppelt so viel Katholiken lebten wie 1939,³¹ betrug ihr Anteil an der Bevölkerung lediglich rund zwölf Prozent. Die überwiegend katholischen Gemeinden konzentrierten sich vor allem auf die thüringischen Kreise Worbis und Mühlhausen, Nordhausen und Eisenach-Land sowie auf den sächsischen Kreis Kamenz. Mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten dieser Gemeinden votierte bei den Landtagswahlen für die CDUD (vgl. Tabelle 5). Der Konfessionsfaktor spielte also auch in der SBZ eine Rolle, selbst wenn er für das Gesamtergebnis aufgrund der geringen Anzahl von Katholiken bedeutungslos blieb ($r = .25$).

Während der Anteil der katholischen Bevölkerung die Wahl der Christdemokraten positiv beeinflusste, steigt der Stimmenanteil der Liberaldemokraten mit dem Anteil der Bevölkerung ohne Glaubensbekenntnis in einer Gemeinde, statistisch ist letzterer mit $r = .31$ stärker ausgeprägt als die Beziehung zwischen dem Anteil der Katholiken und der CDUD ($r = .25$). Da die LDP besonders gute Wahlergebnisse in Städten erzielte, kann der Zusammenhang allein dadurch zustande kommen, daß der Anteil der Bevölkerung ohne Religionszugehörigkeit dort höher war als auf dem Land. Kontrolliert man den Zusammenhang nach der Ortsgröße, dann sinkt der Korrelationskoeffizient auf .18.

³⁰ Inwieweit tatsächlich die Haltung der CDUD zur Bodenreform dazu beigetragen hat, läßt sich nicht quantifizieren.

³¹ Vgl. SBZ-Handbuch, S. 1072.

Tab. 5: Die Landtagswahlergebnisse vom 20.10.1946 in Abhängigkeit vom Anteil der Katholiken in den Gemeinden

	Gesamte SBZ	Katholikenanteil < 50 %	Katholikenanteil > 50 %
% SED	41,3	41,4	24,3
% LDP	21,4	21,5	5,0
% CDUD	21,2	20,9	54,5
% VdgB	2,5	2,5	2,2
% Ungültige	5,0	5,0	5,0
% Nichtwähler	8,3	8,3	8,9
Wahlberechtigte	11.320.415	11.219.185	101.230
Gemeinden	12047	11842	205

Spaltenprozente in Prozent der Wahlberechtigten, Fälle gewichtet mit der Anzahl der Wahlberechtigten.

Quelle: Eigene Berechnungen (SBZ-Datensatz, VW-Projekt „Wahlen in der SBZ 1946“).

Übereinstimmend mit den oben formulierten Erwartungen, stellte Braun³² anhand von Sonderauszählungen der Landtagswahlergebnisse einiger Kreise nach dem Geschlecht eine deutliche Dominanz von Frauen unter den Wählern von CDUD und LDP fest. Auf der Aggregatebene lassen sich nur äußerst schwache Zusammenhänge feststellen; der Zusammenhang zwischen dem Prozentsatz der weiblichen Bevölkerung und dem Wahlergebnis der LDP beträgt $r = .11$, im Falle der CDUD verschwindet er mit $r = .06$ fast vollständig. Die geringen Unterschiede im Frauenanteil der einzelnen Gemeinden erschweren dabei die Aufdeckung geschlechtsspezifischer Differenzen. Um weiteren Aufschluß über die politischen Präferenzen von Frauen zu erhalten, sind zeitgenössische getrennte Auszählungen nach dem Geschlecht notwendig, die jedoch nur sehr vereinzelt vorliegen.

Die bivariaten Analysen zeigten, daß das sozialstrukturelle Profil der einzelnen Parteien unterschiedlich stark ausgeprägt ist und von verschiedenen Faktoren bestimmt wird. Im nächsten Schritt soll nun anhand multipler Regressionen gleichzeitig der isolierte Einfluß mehrerer sozialstruktureller Merkmale auf das Wahlergebnis einer Partei geschätzt werden. Dies ist sinnvoll, weil – wie am Beispiel der LDP und der Religionszugehörigkeit deutlich wurde – ein statistischer Zusammenhang zwischen zwei Variablen durch ein drittes, unberücksichtigtes Merkmal – den Urbanisierungsgrad – verursacht sein kann.

Das Wahlergebnis der SED wird vor allem durch den Arbeiteranteil bzw. den Anteil der in der Industrie Beschäftigten und in erheblich geringerem Umfang von dem Anteil der Einwohner ohne Bekenntnis bestimmt, während der Urbanisierungsgrad keinen Einfluß auf das Abstimmungsverhalten zugunsten der SED ausübte. Die in Tabelle 6 ausgewiesenen Koeffizienten bestätigen die Ergebnisse der bivariaten Analyse. In der zweiten Spalte sind die theoretisch

³² Vgl. Braun, Determinanten, S. 350.

relevanten Prädiktoren der in der ersten Spalte angegebenen Parteien verzeichnet, zu jedem Prädiktor ist der unstandardisierte Regressionskoeffizient „b“³³ sowie der standardisierte Regressionskoeffizient „beta“³⁴ angegeben. Als stärkster Prädiktor für das Wahlergebnis der SED erweist sich der Arbeiteranteil, während die Höhe des Bevölkerungsanteils ohne Religionszugehörigkeit nur geringfügig zur Verbesserung des Wahlergebnisses der SED beiträgt. Beide Variablen zusammen erklären jedoch nur 14,2 Prozent³⁵ der Varianz des SED-Stimmenanteils.

Tab. 6: Sozialstrukturelle Determinanten des Abstimmungsverhaltens bei der Landtagswahl vom 20.10.1946 (Multiple Regressionen)

Wahlergebnis	Prädiktoren (Modellgüte)	b	beta
% SED	% Arbeiter	,394	,350
	% Religionslose (R ² : 14,2%)	,161	,077
% LDP	% Angestellte	,77	,456
	Einwohnerzahl	6,30*10 ⁻⁶	,074
	% Religionslose	-,02	-,010
	% Frauen (R ² : 23,1 %)	-,18	-,030
% CDUD	% Katholiken	,262	,215
	% Selbständige	,375	,234
	% Frauen	,740	,136
	Einwohnerzahl (R ² : 13,6%)	-6,60*10 ⁻⁶	-,085
% VdgB	% Mithelfende	,397	,649
	Einwohnerzahl (R ² : 44,5%)	-1,498*10 ⁻⁶	-,053

12050 Gemeinden, gewichtet mit der Anzahl der Wahlberechtigten.

Quelle: Eigene Berechnungen (SBZ-Datensatz, VW-Projekt „Wahlen in der SBZ 1946“).

³³ „b“ gibt an, wie stark sich die abhängige Variable ändert, wenn die unabhängige Variable um eine empirische Einheit steigt. Beispiel: Nimmt der Arbeiteranteil um 1 Prozent zu, so steigt das Wahlergebnis der SED um 0,394 Prozent.

³⁴ Da die Größe der Regressionskoeffizienten „b“ von der Skalierung abhängt (z.B. könnte die Einwohnerzahl auch in Tausend gemessen werden etc.) müssen diese standardisiert werden, um die Stärke des Einflusses der verschiedenen unabhängigen Variablen miteinander vergleichen zu können. Maßstab für die Standardisierung ist eine Standardabweichung. Die standardisierten „beta“-Werte geben an, wie stark die abhängige Variable steigt, wenn der Prädiktor um eine Standardabweichung zunimmt. Beispiel: Steigt der Arbeiteranteil um eine Standardabweichung, so nimmt der Prozentsatz der SED um 0,350 zu.

³⁵ „R²“ ist ein Maß dafür, wie hoch der Anteil an Varianz ist, der durch die im Modell enthaltenen Variablen erklärt wird. „R²“ hat einen Wertebereich von 0 bis eins. Ein Wert von 0 bedeutet, daß die im Modell spezifizierten Variablen keinen Erklärungsbeitrag liefern, ein Wert von eins bzw. 100 Prozent, daß die gesamten Unterschiede in der Ausprägung der abhängigen Variablen durch die unabhängigen Variablen erklärt werden.

Zur Erklärung des Wahlerfolges der Liberaldemokraten trugen in unterschiedlichem Umfang der Verstärkerungsgrad, der Anteil des Dienstleistungssektors, der Frauenanteil und der Prozentsatz der Bevölkerung ohne Religionszugehörigkeit bei. Die Stellung im Beruf, d.h. der Angestelltenanteil, ist auch in der multivariaten Analyse der stärkste Prädiktor des Stimmenanteils der LDP in einer Gemeinde. Der Einfluß der Wohnortgröße verschwindet bei Kontrolle des Prozentsatzes der Angestellten dagegen fast vollständig, d.h. der Verstärkerungsgrad hat keine eigenständige Wirkung. Der Frauenanteil und der Prozentsatz der Religionslosen üben im multivariaten Modell sogar einen negativen Einfluß auf das Wahlergebnis der LDP aus. Insgesamt werden durch das Modell, und zwar vor allem durch den Angestelltenanteil, annähernd 23 Prozent des LDP-Ergebnisses statistisch erklärt.

Die Christdemokraten gewannen ihre Stimmen vorwiegend in katholischen Gebieten und Gemeinden mit vielen Selbständigen. Um die Auswirkung des Frauenanteils zu berücksichtigen, wurde diese Variable ebenfalls im Modell spezifiziert. Der Katholiken- und der Selbständigenanteil tragen nahezu gleich stark zum Abschneiden der CDUD bei, gefolgt vom Prozentsatz der Frauen in einer Gemeinde. Negativ wirkt sich – wie bereits bivariat festgestellt wurde – die Größe der Gemeinde auf den Wahlerfolg der CDUD aus. Alle Variablen zusammengenommen erklären jedoch nur 13,6 Prozent, was u. a. durch die vergleichsweise geringe Bedeutung des Konfessionsfaktors verursacht wird.

Das ausgeprägteste sozialstrukturelle Profil weist die VdgB auf. Der Prozentsatz der Mithelfenden Familienangehörigen, der ein Indikator für den Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten ist, übt einen äußerst starken positiven Effekt aus, während der Einfluß der Ortsgröße auf den VdgB-Erfolg unter Kontrolle der Berufsgruppe nahezu verschwindet. 44,5 Prozent der Unterschiede in den Stimmergebnissen der VdgB in den einzelnen Gemeinden werden durch diese beiden Variablen erklärt, wobei nahezu die gesamte Varianzaufklärung aus dem Beruf resultiert. Bis auf wenige Ausnahmen bestätigen die multivariaten Analysen also die bivariaten Resultate.

4. Resümee

Zunächst wurde untersucht, welche Folgen die Nicht-Zulassung einzelner Parteien auf das Wahlergebnis der Kreistagswahl hatte. Kreis- und Landtagswahlergebnisse unterschieden sich nicht, wenn alle Parteien kandidieren durften. Wo Wahlrestriktionen bestanden, führten diese vor allem dazu, daß entweder die übriggebliebene bürgerliche Partei ihren Stimmenanteil in beträchtlicher Höhe verbessern konnte oder – dort wo die VdgB die einzige Alternative blieb – der Nichtwähleranteil auf nahezu ein Drittel der Wahlberechtigten anwuchs. Die Lizenzierungspraxis der SMAD trug demnach zur absoluten Mehrheit der SED bei den Kreistagswahlen bei. Offen bleibt, inwieweit andere

Wahlkampf Vorteile der SED, z.B. im Pressewesen, deren Wahlergebnisse begünstigten.

Im zweiten Teil des Beitrages wurde untersucht, in welcher Form die Sozialstruktur der Gemeinden die Landtagswahlergebnisse beeinflusste. Auch in der SBZ unterschied sich das Wahlverhalten in Abhängigkeit vom Urbanisierungsgrad, der Konfessionsgliederung und der Wirtschaftsstruktur der Gemeinden. Diese Faktoren erklären – einmal abgesehen von der VdgB – jedoch nur in geringem Umfang die Höhe der Stimmenanteile der einzelnen Parteien. Dafür verantwortlich ist möglicherweise das eingeschränkte Parteienspektrum in der Sowjetischen Besatzungszone. Die Unterschiede in den politischen Präferenzen der Wähler fanden dadurch nicht immer ein Pendant in entsprechenden Parteien, was zu einem schwächeren Profil der Parteien der SBZ beitrug. So scheint z.B. die CDUD nicht nur das Zentrum, sondern auch im Norden der SBZ die DDP und die DNVP beerbt zu haben, was zu einem niedrigeren statistischen Zusammenhang mit dem Katholikenanteil führte.³⁶

Um erklärungskräftigere Modelle des Wahlverhaltens zu gewinnen, scheint es angebracht, zukünftige Analysen stärker zu regionalisieren und die Wählertraditionen – über die Wahlergebnisse der Weimarer Republik – zu berücksichtigen.³⁷

³⁶ Bei Falter, *Kontinuität und Neubeginn*, S. 252, wird für die erste Bundestagswahl 1949 eine erheblich stärkere Beziehung zwischen diesen beiden Merkmalen ($r = .66$) festgestellt, Reprint in this HSR Supplement.

³⁷ Der Brückenschlag zur Weimarer Republik kann jedoch – aufgrund der erwähnten Bevölkerungsverschiebungen – vor allem in den nördlichen Regionen nur unter Vorbehalt geschehen. Vgl. dazu auch Schmitt, *Politische Landschaften*, wo zudem die regionalen Kontinuitäten der Wahlen von 1946 zur Bundestagswahl 1990 hergestellt werden.